

Thomas Meyer

Kapitalismuskritik und Soziale Modernisierung

Nicht pauschale Abweisung, sondern unterscheidende Prüfung

Kapitalismuskritik tut not. So viel ist klar und muss es für all jene auch bleiben, die wollen, dass soziale und wirtschaftliche Bürgerrechte nicht weniger ernst genommen werden als bürgerliche und politische. Denn, kein Zweifel kann in unserer Zeit noch sein, dass die Garantie realer Freiheitschancen für alle nur gesichert ist, wo die formalen Freiheitsrechte durch soziale Teilhabegarantien mit Leben erfüllt sind. Die sozialen Grundrechte sind ja keineswegs bloße Wohltaten auf der Wunschliste verträumter »Gutmenschen«, sondern Stützpfiler des modernen Rechtsstaats. Sie sind übrigens auch geltendes Recht, nicht nur in unserem eigenen Land, gleichfalls auch in der Europäischen Union. Sie repräsentieren die Mindestbedingung sozialer Gerechtigkeit, die

»Die sozialen Grundrechte sind keineswegs bloße Wohltaten, sondern Stützpfiler des modernen Rechtsstaats.«

mittleren Prinzipien ihrer Realisierung. Soziale Teilhabe, gesellschaftliche Inklusion, ist eine Bedingung dafür, dass die Demokratie als glaubwürdig erfahren und darum auch als legitim anerkannt werden kann. Das ist der Sinn der Grundrechtspakte der Vereinten Nationen von 1966 ebenso wie der europäischen Grundrechtscharta, also eine der modernen Demokra-

tie nicht von ungefähr eingeschriebene Rechtspflicht. Sie ist vor allem auch, was immer wieder leicht aus dem Blick gerät, die Bedingung gelingender sozialer Integration, einer der Hauptproduktivkräfte moderner Wissensgesellschaften.

Schon die Deklaration dieser Rechte, und mehr noch jeglicher ernsthafte Versuch ihrer praktischen Einlösung, setzt eine radikale Kapitalismuskritik voraus, nämlich die Einsicht, dass ungebundenes Privateigentum und selbstregulierte Märkte, eben der Kapitalismus *sans phrase*, nicht nur prinzipiell mit den sozialen Freiheitsrechten vieler kollidieren. Sie untergraben auch die Bedingungen der eigenen Zukunftsfähigkeit des Systems. Diese Erkenntnis ist Ausgangspunkt jeder Politik, die menschliche Sicherheit und soziale Teilhabe will, also mit den universellen Grundrechten im Leben Ernst macht. Kritik heißt nun aber von alters her nicht pauschale Abweisung, sondern unterscheidende Prüfung. Eine »Kritik«, die das verkennt und sich in Ablehnung erschöpft, statt sich der Mühe eines plausiblen Gegenentwurfs, einer konstruktiven Aufhebung, zu unterziehen, bleibt außerhalb der von ihr

selbst geschaffenen Diskurswelten ohnmächtig. Sie trägt dann, was schlimmer ist, in der Praxis noch dazu bei, dass das Schlechtere bleibt wie es ist, weil sie sich der Arbeit am Besseren verweigert, oft in Form linkspopulistischer Proteststimmen, die zur linken Mehrheitsbildung fehlen und dafür sorgen, dass am Ende gegen sie regiert wird.

Zwei Arten von Kapitalismuskritik

Es gibt nämlich zwei Arten von Kapitalismuskritik. Die eine ist fundamentalistisch. Sie zehrt vom utopischen Glauben, allein ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem jenseits von Privateigentum und Marktwirtschaft erfülle alle sozialen Wünsche und lohne daher den Einsatz. Sie legt ihre überschießenden Verheißungen schon in die schwarzweiße Atmosphäre hinein, die ihre Begriffe erzeugen, so als wäre der Nachweis aller provozierenden Probleme unregulierter Märkte und ungebändigten Privateigentums schon selber der Beweis dafür, dass ohne die beiden Sünder die Welt eine bessere wäre. Dieses Konzept ist auf die nominelle Abschaffung der *ökonomischen Besitzklassen* fixiert. Der sogenannte »Sozialismus des 21. Jahrhunderts«, vom deutschen Soziologen Heinz Dieterich aus verspäteter Marx-Lektüre konzipiert und vom venezolanischen Mächtigerlöser Hugo Chávez als Heilsprogramm für seine wahrlich geschundene Region adoptiert, erlebt seine jüngste Neuauflage. Er kann gewiss Stimmungen erzeugen und Debatten nähren, auch berechtigter Empörung Ausdruck geben, zeigt aber keinen Weg zu einer die wirklichen Verhältnisse dauerhaft verändernden Praxis. Der radikale Gestus dieser Art »Kapitalismuskritik« verpufft zumeist in der populistischen Anklage, wo er nicht zum fatalen Experiment mit Freiheitsrechten und Menschenschicksalen in der Praxis entgleitet. Es war immer schon das Dilemma der fundamentalistischen Kapitalismuskritik, dass ihre Suche nach einer gerechten Welt ganz ohne privates Produktionsmitteleigentum und Marktwirtschaft vergeblich bleibt, sie aber diesseits dieser Schwelle sich auf nichts Praktikables einlassen möchte. Das scheint sie nicht an einer schier atemberaubenden zyklischen Wiederkehr zu hindern, hierzulande und jenseits des Ozeans.

»Zwischen dem libertären Marktkapitalismus und dem demokratischen Wohlfahrtskapitalismus liegen Welten.«

Es gibt aber auch eine andere Art von Kapitalismuskritik. Sie hat in der wirklichen Welt immerhin dazu geführt, dass es heute viele Spielarten des Kapitalismus gibt, nackte und existenziell riskante auf der einen Seite, das Beispiel USA, sozial verlässlich eingebettete und menschlich sichere auf der anderen, mit Beispielen im europäischen Norden. Kapitalismus ist schon lange nicht mehr gleich Kapitalismus, was zählt, sind die Beiworte. Die soziale Kapitalismuskritik bemisst ihren Wert danach, welche praktischen Vorschläge für bessere und sichere Lebensverhältnisse aus ihr folgen, jetzt gleich und in dieser Welt, in der wir leben. Zwischen dem libertären Marktkapitalismus und dem demokratischen Wohlfahrtskapitalismus, wie eines der Gegensatzpaare aus der Reihe aller unzulänglichen Bezeichnungen lautet, liegen Welten. Der

Weg von dem einen zum anderen ist mit den Bausteinen differenzierter Kapitalismuskritik gepflastert.

Die überzeugendsten Varianten einer in den Prinzipien festen und im Handeln pragmatischen Kapitalismuskritik finden sich seit mehr als einem halben Jahrhundert in der skandinavischen Sozialdemokratie. Sie setzt nicht primär bei den ökonomischen Besitzklassen an, sondern bei den *sozialen Lebenschancen* und zielt auf die Verhinderung von Klassenbildung in diesem, das reale Leben direkt bestimmenden Bereich. Es geht um reale Chancengleichheit und soziale Teilhabe für alle. Dazu gehört eine sehr hohe Beschäftigungsquote, also die Teilhabe möglichst aller am Erwerbsleben. Sie ist dort weltweit am höchsten. Dazu gehört vor allem die Chancengleichheit im Bildungssystem, also die Unabhängigkeit individueller Bildungschancen von der sozialen Herkunft. Sie erreicht dort globale Spitzenwerte. Desgleichen die Verteilungsgerechtigkeit der Einkommen und das Niveau und die Lückenlosigkeit der sozialstaatlichen Sicherung gegen die Risiken kapitalistischer Märkte, durchaus kombiniert mit starken Antrieben zur Teilhabe aller an der Erwerbsarbeit und zur Eigenverantwortung.

Dieser soziale Kapitalismus beschneidet das Privateigentum ohne es abzuschaffen, er reguliert den Markt politisch und bettet ihn sozial ein, statt ihn zu überwinden. Obgleich er also die ökonomischen Besitz-

»Der soziale Kapitalismus beschneidet das Privateigentum, ohne es abzuschaffen, reguliert den Markt politisch und bettet ihn sozial ein.«

klassen der Gesellschaft nominell nicht überwindet, hat er durch annähernde Chancengleichheit im Zugang zu den zentralen sozialen Lebensgütern der sozialen Klassenspaltung des rohen Kapitalismus ihren Stachel genommen. Die ökonomische Besitzklassenteilung, im Kern fortwirkend real, hat ihre skandalöse Spitze verloren, weil sie nicht länger unweigerlich zur *Klassenspaltung der sozialen Lebenschancen* führt. Aus dem Kapitalismus der gnadenlosen Marktherrschaft wird der gezähmte Kapitalismus, dem Sozialstaat, politische Einbettung und eine Politik der Chancengleichheit Zügel anlegen. Es sind nicht mehr Märkte und Eigentumsinteressen, die das Leben der Gesellschaft beherrschen, auch wenn sie ihre Dynamik prägen, sondern menschliche Interessen und politische Ziele. Kapitalismuskritik ist produktiv geworden.

Soziale Demokratie steht ja für Idee und Praxis eines Gleichgewichts von Kapitalismus, Demokratie und Sozialstaat. Es ist heute erneut aus der Balance geraten. Auch der mangelhaft oder bloß technokratisch modernisierte Sozialstaat trägt zur Schlagseite bei.

Soziale Demokratie steht ja für Idee und Praxis eines Gleichgewichts von Kapitalismus, Demokratie und Sozialstaat. Es ist heute erneut aus der Balance geraten. Auch der mangelhaft oder bloß technokratisch modernisierte Sozialstaat trägt zur Schlagseite bei.

Die aktuelle Klassenteilung

Das politische Projekt des Hamburger SPD-Programms heißt soziale Demokratie. Sein Herzstück ist das Versprechen eines fairen und sicheren Zugangs zu den sozialen Grundgütern, die Freiheit und Teilhabe für alle real und eben dadurch eine produktive Gesellschaft erst möglich machen. In der Bildung, der Gesundheitsversorgung, der Erwerbsarbeit, den Einkommenschancen und der Alterssicherung. Das ist der Sinn des Konzepts sozialer Bürgerschaft, das dem Programm zugrunde

liegt. Es stützt sein politisches Projekt auf eine soziale Kritik des Kapitalismus. Sie rückt zwei seiner angeborenen Risikofolgen ins Scheinwerferlicht: die verheerenden Wirkungen sozialen und ökologischen Marktversagens und die zerstörerische Kolonisierung der Gesellschaft durch die Marktlogik auch dort, wo sie um der sozialen Freiheit willen nicht hingehört.

Das Programm sagt es nicht übermäßig deutlich, meint es aber eindeutig: Auch für die Bundesrepublik steht eine Überwindung der aktuellen Klassengegensätze auf der Tagesordnung. Denn schon haben sie begonnen, sich mit zunehmender Hartnäckigkeit ins Leben der Gesellschaft einzufressen. Dabei geht es nicht um die eher theoretischen Beziehungen sozialer Gruppen zum Produktionsmitteleigentum – Sankt Marx hab' sie selig. Es geht um die Überwindung einer handfesten Zweiteilung des Zugangs zu persönlichen Lebenschancen, zu sozialer Teilhabe und Sicherung, die unsere Gesellschaft spaltet. Es geht um die Überwindung der Aufteilung in *Chancenklassen*, die erblich zu werden beginnt. Sie beiseite zu räumen verlangt weder eine Revolution noch den Seminarglauben an ein Jenseits zum Kapitalismus überhaupt. Es reicht der lernwillige Blick auf die skandinavischen Nachbarn und der Wille, daraus die Konsequenzen zu ziehen.

»Es geht um die Überwindung der Aufteilung in Chancenklassen.«

Klassenteilung ist durchaus kein übertriebenes Wort. Denn auch diesseits der traditionellen Besitzklassen, eine bleibende Herausforderung für sich, zeigt unser Land heute in vierfacher Hinsicht das Bild einer Gesellschaft der getrennten Welten beim Zugang zu elementaren Lebenschancen: in der Bildung, der Gesundheitsversorgung, der Alterssicherung und der Übertragung von Eigentum zwischen den Generationen. Begriffe wie Schicht oder Milieu verdecken die Spaltung. Nicht lückenlos, aber häufig kumulieren sich die damit gegebenen Ausschließungseffekte. Die im Bildungssystem wegen ihrer sozialen Herkunft früh Aussortierten haben als Kassenpatienten nur Anspruch auf das Minimum an Gesundheitsversorgung, vermutlich in einer Zukunft der rasch steigenden Kosten in zunehmendem Maße. Sie erben auch nichts anderes als schwer abzuwerfende soziale Lasten und landen in der Altersversorgung in der Nähe der Armutsgrenze. Viel größer ist freilich die Zahl derer, die es im Bildungssystem einige Stufen nach oben schaffen, aber von den anderen Ausschlüssen betroffen sind, von der eingeschränkten Gesundheitsversorgung bis zur Schmalrente.

Klassenteilung also in der sozialen Chancenverteilung auf ganzer Linie. Was sie zu Klassen macht, ist ihre Tendenz, sich über die Generationen hinweg zu verfestigen. Der Kern des Skandals, der heftigste Kontrast zu den sozialen Grundrechten ist das hierzulande routinemäßig praktizierte System frühestmöglicher Aussortierung im Bildungsbereich. Die privilegierte Einkommens- und Bildungsklasse behauptet still und leise ihr Beinahe-Monopol auf die aussichtsreichen Bildungschancen. Der Rest darf in die Röhre gucken. Die Zweiklassenmedizin und ihre Zukunft hat *Karl Lauterbach* jüngst kundig seziert. Bei all

dem geht es um die ausgrenzende Ungleichheit elementarster Lebenschancen, die rasch wachsen dürfte, wenn nichts passiert. Im System der Alterssicherung erben sich die Einkommensungleichheiten fort, verschärft durch den anachronistischen Dualismus von Renten und Pensionen.

Der Bismarcksche Sozialstaat mit seinem eisernen Willen, die Teilung der Gesellschaft in Statusklassen zu zementieren, lebt fort. Dabei ist er an Haupt und Gliedern ein Relikt vormoderner Zeiten. Modernisierung tut not. Ein Projekt der sozialen Demokratie, das diese leistet, ist an der Zeit. Das Hamburger Programm ist dafür ein guter Ausgangspunkt. Das gilt durchweg für seine Grundsätze, auch wenn nicht alle fälligen Konsequenzen auch schon gezogen sind.

Soziale statt technokratischer Modernisierung

Zwischen Sozialstaatsmodernisierung und Kapitalismuskritik muss kein Widerspruch bestehen, auch wenn ein solcher mancherorts hart aufreißt. In den Ländern Europas sind uns in den letzten Jahren fast alle Varianten der stets heiklen Beziehung zwischen beiden vorgeführt worden. Der Globalisierungsschock hat drei Wege sozialdemokratischer Modernisierungspolitik eröffnet: den liberalen, den technokratischen und den sozialen. Gemeinsam ist allen Varianten, dass sie den Geboten der Globalisierung folgend auf Steigerung der Dynamik und Innovationskraft ihrer Märkte zielen. Das Thema soziale Inklusion aber werten sie unterschiedlich. *Liberal* war der Dritte Weg von Tony Blair, ursprünglich eine amerikanische Erfindung intellektueller *Clinton-Boys*, durchaus innovativ im Design und sozial reflektiert. Er hat die aktuelle soziale Klassenfrage aber im Kern offen gelassen. *Technokratisch* ist der Weg der *Agenda 2010* nicht in seiner Grundrichtung, wohl aber in der mangelnden sozialen Balance der Opfer und dem Fehlen bildungspolitischer Reformperspektiven. Gelingen ist es auch nicht, ihren schmerzhaften Kern auf anerkennungsfähige soziale Ziele zu beziehen, die ihr Legitimation und Zustimmung verschafft hätten. Inwieweit sie in der Sache zur Überwindung der neuen Ausgrenzungen beiträgt, blieb offen. *Sozial* ist der skandinavische Weg der Modernisierung. Alle Reformen, schmerzhaft Einschnitte inbegriffen, dienen dem Ziel, die soziale Inklusion zu sichern, also die Klassenspaltung, die Teilhaber und Ausgeschlossene produziert, gerade auch in Zeiten der Globalisierung dauerhaft zu überwinden. Sie ist, wie alle Indikatoren zeigen, die erfolgreichste Variante.

»Zwischen Sozialstaatsmodernisierung und Kapitalismuskritik muss kein Widerspruch bestehen.«

Es ist dieser Weg einer sozialen Modernisierung, den auch unser Land braucht und den es will. Sie federt den schmerzhaften Teil der Sozialstaatsreform (Teil I), der Sicherung und Chancengleichheit auch unter den Bedingungen demografischen Wandels und globalen Systemwettbewerbs zukunftsfest macht, verteilungspolitisch ab (Teil II) und bezieht ihn auf jenen anderen Teil, der die aktuelle Sozialklassenteilung auf ganzer Linie überwindet (Teil III): Durch wirkliche Bildungschancengleichheit, das Ende der Klassenmedizin, gerechte Erb-

schafts- und Vermögenssteuern sowie eine gleichberechtigte Alterssicherung. Gewiss, ein Programm für mehr als eine Legislaturperiode. Aber eine Perspektive, für die der Einsatz lohnt – und der gedacht werden würde. Das könnte ein Verständnis von vorsorgendem Sozialstaat sein, das mitreißt – politisch, ethisch und warum nicht auch emotional. Es wäre übrigens auch ein Beitrag zur Sicherung der Grundlagen einer dynamischen Wissensökonomie.

Es bleiben auch dann freilich noch immer eine Herausforderung und ein Ärgernis. Die Herausforderung: Wie verhindern wir, dass aus unserer koordinierten Marktwirtschaft, auf die viele gesellschaftliche Interessen einwirken können, eine bloß noch finanzmarktgesteuerte wird, in der allein die Börsenkurse herrschen. Das Ärgernis: die empörende, weil leistungsfremde Ungleichheit der Einkommen zwischen ganz oben und ganz unten. Wo Managergehälter Arbeitnehmerereinkommen tausendfach übersteigen, kann nach den Grundregeln elementarster Vernunft nicht Leistung die Ursache sein. Sie ist es auch nicht. Neue Wege der Erbschafts- und Vermögenssteuer könnten ein wenig Abhilfe schaffen. Real und auch symbolisch. Wie sollte es sonst gelingen, die Gesellschaft vom Sinn des schmerzhaften Teils der Sozialstaatsmodernisierung zu überzeugen, wenn gleichzeitig die privilegierte Spitze auch dort hemmungslos in die Kassen greift, wo die Gegenleistung fehlt?

»Es ist der Weg einer sozialen Modernisierung, den auch unser Land braucht und den es will.«

Fällig ist also eine soziale Variante der Modernisierung. Sie macht den Sozialstaat zukunftstauglich. Nicht, indem sie mit einer unglaublichen Rhetorik der Alternativlosigkeit die Teilung der Gesellschaft in Chancenklassen ignoriert, weil die Globalisierung nichts anderes mehr zuließe, sondern indem sie sie Zug um Zug überwindet. Es müssen dieselben Schritte der Modernisierung sein, die den Sozialstaat zukunftsfest machen und die Gleichheit der Lebenschancen jenseits der neuen Klassenteilung herbeiführen. Wenn das die Idee eines vorsorgenden Sozialstaats ist, wer wollte, wer könnte ihr Konkurrenz machen, zumal auf der Linken?